

moderner Gesellschaften und muß auch aus der Sicht christlicher Sozialethik keineswegs diskreditiert werden.

Aber reicht das Interessenkalkül aus, um zu *begründen*, daß tatsächlich *alle* Menschen am Vergesellschaftungsprozeß *gleichberechtigt* beteiligt werden müssen? Wenn hier als Argument anstelle des moralischen Universalitätsprinzips nur der Nutzen der Kooperation (oder die Abwendung möglicher Gefahrenpotentiale) zugelassen wird, ist nicht garantiert, daß bestimmte Gruppen oder Einzelne nicht doch ausgeschlossen bleiben bzw. nicht nur im Status subalternen Wesen minderen Rechts einbezogen werden. Dafür müßten ja ständig entsprechende Nutzen- bzw. Gefahrenpotentiale vorliegen und überzeugend deutlich gemacht sowie alternative Nutzungs- bzw. Abwehrstrategien als weniger lukrativ ausgewiesen werden können.

Gerade die Hilfe für die ärmsten Länder, die nicht über wichtige Rohstoffe verfügen oder deren Ressourcen durch Substitutionsprozesse überflüssig geworden sind, deren geringe Kaufkraft Anstrengungen für eine Markttöffnung unrentabel erscheinen lassen, deren billige Arbeitskraft angesichts zunehmender Automatisierung auch kaum mehr komparative Kostenvorteile bringt, deren Umwelt durch die Ausbreitung der Wüste ohnehin schon irreversibel zerstört ist, läßt sich mit Verweis auf das »wohlverstandene Eigeninteresse« kaum begründen. Die Konflikte während der UNCED-Konferenz in Rio haben ebenfalls gezeigt, daß die durch die gemeinsame Umwelt von Erster und Dritter Welt gegebene »Zwangssolidarität« nicht unbedingt zu einer gerechten Verteilung der Kosten der Bewahrung der Umwelt führen muß. Der weitere Anstieg der CO₂-Belastung der Erdatmosphäre läßt sich auch dadurch verhindern, daß den Ländern der Dritten Welt eine stärkere Verbrennung fossiler Energiequellen nicht zugestanden und sie mit Hilfe der Regenwaldproblematik zu Sündenböcken gestempelt werden, anstatt den Schadstoffaustausch zunächst dort zu reduzieren, wo er in besonders hohem Maße anfällt. Wir sitzen zwar alle in einem Boot. Dieses hält aber sehr verschiedene Sitzplätze mit unterschiedlichem Komfort bereit. Aus der Nicht-Universalisierbarkeit des nordatlantischen Zivilisationsmodells kann ohne Zuhilfenahme moralischer Prinzipien nicht auf eine gleichberechtigte Nutzung der Ressourcen dieser Erde durch alle Menschen geschlossen werden. Ein neu aufkommender Sozialdarwinismus beweist dies. Es besteht die Gefahr, ihn mit Eigennutz-orientierten Argumentationsformen sogar noch zu fördern. Zu einer nicht nur strategisch kalkulierenden, sondern »moralischen« Haltung und entsprechendem Handeln kommen wir nur, wenn wir uns über unsere Eigeninteressen hinaus dazu bekehren, die prinzipiell gleichberechtigten Interessen der »anderen« zur Geltung kommen zu lassen. Im Zusammenhang der Dritten-Welt-Problematik scheint mir jedenfalls trotz ihres argumentationsstrategischen Vorteils im Kontext pluraler Weltanschauungen die Reichweite von rein Eigennutz-zentrierten Ethikkonzepten nicht zu genügen.

Odenthal

Gerhard Kruijp

Shadid, W.A.R. / Koningsveld, P.S. van: *Religious Freedom and the Position of Islam in Western Europe. Opportunities and obstacles in the Acquisition of Equal Rights (with an extensive bibliography)*, Kok Pharos / Kampen 1995; 229 S.

Etwa sieben Millionen Muslime leben in den verschiedenen Staaten Westeuropas. In den einzelnen Staaten sind die Möglichkeiten, den islamischen Glauben zu leben, recht unterschiedlich. Für das Verhältnis Staat – islamische Glaubensgemeinschaft bzw. Gesellschaft – Islam ist die konkrete Verwirklichung der Religionsfreiheit auf rechtlicher Ebene von vorrangiger Bedeutung. Die beiden Autoren zeigen an konkreten Beispielen, wie die Muslime in den westeuropäischen

Ländern ihren Glauben leben, welche Unterstützung sie erfahren und auf welche Hindernisse sie treffen, sie zeigen auf, wie konkret in den einzelnen Staaten die Religionsfreiheit für Muslime realisiert ist.

Das Werk ist in zwei Hauptteile gegliedert: eine Studie und eine ausführliche Bibliographie. Die Studie wird durch die Darstellung der Entstehung und der Präsenz des Islams in Europa eingeleitet, wobei auch auf das Wechselverhältnis von den Ereignissen in den islamischen Staaten und deren Image einerseits und der dem Ansehen der Muslime in Westeuropa und des Verhaltens ihnen gegenüber eingegangen wird. Im ersten Kapitel werden die Prinzipien der Religionsfreiheit im Kontext der Beziehungen Staat – Religionsgemeinschaft dargestellt. Es werden die internationalen Gesetze und Abkommen, die für die Religionsfreiheit wichtig sind, und ihre konkrete Verwirklichung in den einzelnen Staaten Westeuropas vorgestellt. Im zweiten Kapitel werden die muslimischen Organisationen und ihre Infrastrukturen beschrieben, sowie die sozialen und gesetzlichen Schwierigkeiten, auf die die Muslime bei der Errichtung dieser Institutionen stoßen. In diesem Zusammenhang wird auch das Problem der Repräsentation der Muslime auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene angesprochen. Das dritte Kapitel ermittelt die zentralen Werte des Islam, die auch in einer säkularisierten Gesellschaft, in der der Islam Minderheit ist, verwirklicht werden müssen. Dies geschieht an Hand von Texten von zeitgenössischen Muslimen. Im vierten Kapitel werden die Möglichkeiten dargestellt, die die Muslime in den verschiedenen Staaten haben, um die zentralen Werte und Vorschriften ihrer Religion zu leben. Dabei geht es um so bekannte Probleme wie das Kopftuch in der Schule genauso wie um die Frage, ob muslimische Speisevorschriften in Gefängnissen oder beim Militär beachtet werden. Anhand der Rushdi-Affäre soll aufgezeigt werden, in wieweit in den einzelnen Ländern das Verbot der Blasphemie auch den Islam schützt. Das fünfte Kapitel diskutiert die verschiedenen Typen der islamisch-religiösen Erziehung, die in Westeuropa geboten werden.

Die Bibliographie, der zweite Hauptteil, enthält 780 sowohl akademische als auch religiöse Veröffentlichungen über den Islam in der Europäischen Union seit 1987. Ein Sach- und Länderindex erlaubt es, sich schnell in der Bibliographie zu orientieren.

Die Autoren verfolgen mit ihrer Veröffentlichung ein zweifaches Ziel: 1. einen Überblick über die wichtigsten sozialen, politischen und gesetzlichen Diskussionen und institutionellen Entwicklungen bezüglich des Islams zu geben, um so Politikern und Muslimen die Möglichkeit zu geben, die Situation im eigenen Land mit der anderer Länder zu vergleichen. 2. Anregungen für die Forschung zu geben.

Den Autoren ist es gelungen, einen guten Einblick in die recht unterschiedlichen Entwicklungen in Westeuropa zu geben. Die interessantesten Entwicklungen werden ausführlich vorgestellt, die Situation in anderen Ländern werden nur angerissen oder gar nicht erwähnt. So kann der erste Teil nicht als Nachschlagewerk dienen, in dem die hier behandelten Aspekte für jedes Land dargestellt werden. Die ausführliche Bibliographie mit dem zugehörigen Index bietet allerdings die Möglichkeit, zu hier nicht behandelten Fragen Literatur zu finden.

Aachen

Harald Suermann

Sievernich, Michael / Spelthahn, Dieter (Hg.): *Fünfhundert Jahre Evangelisierung Lateinamerikas. Geschichte – Kontroversen – Perspektiven*, Vervuert / Frankfurt a.M. 1995; 323 S.

Der vorliegende Sammelband dokumentiert die Vorträge und Diskussionen einer Fachtagung der Bischöflichen Aktion Adveniat, die nach der lateinamerikanischen Bischofsversammlung von Santo